

## **25 Jahre Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der *elternbund hessen e. V.* gratuliert Ihnen herzlich zu diesem Jubiläum.

25 Jahre Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen heißt 25 Jahre unermüdlichen Einsatz für die Verbesserung der gesellschaftlichen und rechtlichen Situation der Migrantinnen und Migranten in Hessen. Sie können stolz auf das Erreichte sein.

Die agah hat sehr schnell erkannt, dass für die Verbesserung der Integration Schule und Bildung eine ganz entscheidende Rolle spielen. Und sie hat festgestellt, dass das gegliederte Schulsystem strukturelle Benachteiligung für Kinder aus Migrantenfamilien bedeutet.

Wir wissen, wie wichtig die Unterstützung von Eltern für den Schulerfolg eines Kindes ist. Und wir beobachten, dass ausreichende Deutschkenntnisse die Grundlage für Kommunikation und daraus abgeleitet Teilhabe in der Schulgemeinde bilden. Für viele Eltern ist diese Teilhabe oftmals nicht möglich, weil sie aus einer anderen Tradition kommen, weil ihnen das Wissen über diese Möglichkeiten fehlt, weil sie eine Distanz zur Institution Schule haben, weil sie die Sprache, in der kommuniziert wird, nicht ausreichend sprechen. Sichtbar wird dieser Zustand dann meistens in Elternabenden, wo die ältere Schwester oder der ältere Bruder die Eltern vertritt.

Der *elternbund hessen* unterstützt mit seinem Elterntelefon und der damit verbundenen Elternberatung, in allen schulischen Angelegenheiten, auch die Arbeit der agah. Wir haben in unserer Mitgliedschaft auch Personen mit Migrationshintergrund, die in der Beratung über die Rechte und Pflichten von Eltern Auskunft geben können. So helfen wir Eltern, ihre Interessen, die Interessen ihrer Kinder zu vertreten.

Für den *elternbund hessen* ist die agah ein wichtiger Bündnispartner in der Umsetzung eines integrierten Schulsystems, das jedes Kind fördert, bei dem alle zusammen bleiben, niemand zurück bleibt und niemand beschämt wird – denn wir brauchen Alle.

Die Präambel des Grundsatzprogramms des *elternbund hessen* zitiert Artikel 3 des Grundgesetzes „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner

religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.  
Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden."

Auf dieser Grundlage sehen wir eine gute Basis für die zukünftige Zusammenarbeit unserer Organisationen:

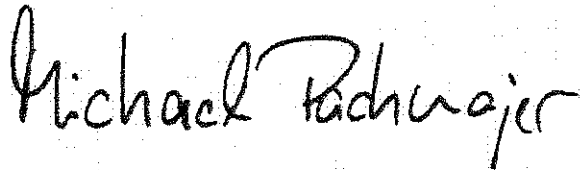
für eine Schule, in der alle Kinder gemeinsam leben und lernen,

für eine Schule die ganztägig arbeitet, die Lebens- und Lernraum für unsere Kinder ist,

für eine Schule, die die Basis legt für eine Gesellschaft, in der Toleranz und Chancengleichheit nicht nur groß geschrieben, sondern gelebt werden.

Diesen Weg werden wir mit Ihnen gemeinsam im Dialog gehen.

Freundliche Grüße



Michael Pachmajer  
stellv. Vorsitzender **elternbund hessen e.V.**

Frankfurt, den 19.08.2008

DGB-Bezirk Hessen-Thüringen · Wilh.-Leuschner-Str. 69-77 · 60329 Frankfurt

Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen  
Landesausländerbeirat  
Kaiser-Friedrich-Ring 131  
65185 Wiesbaden

Wilhelm-Leuschner-Str. 69 - 77  
60329 Frankfurt/Main

Telefon: 0 69 -27 30 05-0  
Telefax: 0 69 -27 30 05 -45

Telefon-Durchwahl  
0 69 -27 30 05-20/21

e-mail Adresse: Hessen@dgb.de  
www.hessen.dgb.de

Abteilung  
Vorsitzender

Unsere Zeichen  
sk-me/ske

Datum  
30. August 2008

## Grußwort

### **25 Jahre Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen Landesausländerbeirat Hessen**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

leider ist es mir nicht möglich, heute persönlich an Ihrer Jubiläumsveranstaltung teilzunehmen, was ich sehr bedauere. Ich wende mich deshalb mit einem schriftlichen Grußwort an Sie um Ihnen zu Ihrem Jubiläum zu gratulieren.

„Wahlberechtigt sind alle Arbeitnehmer des Betriebs, die das 18. Lebensjahr vollendet haben“ und „Wählbar sind alle Wahlberechtigten, die 6 Monate dem Betrieb angehören“, diese beiden Sätze aus § 7 und § 8 des Betriebsverfassungsgesetzes sind aus Sicht des DGB Hessen die wichtigsten Grundlagen für eine von Anfang an gelungene Integration von ausländischen Arbeitnehmer/innen im Miteinander mit ihren deutschen Kolleg/innen am jeweiligen Arbeitsplatz in den Betrieben und Verwaltungen. Erinnern wir uns: vor über 40 Jahren kam der erste italienische Kollege am Frankfurter Hauptbahnhof an. Die damals anwerben-

den Unternehmen brauchten und wollten Arbeitskräfte, doch es kamen Menschen. Es dauerte lange, bis sich diese Erkenntnis in der Bevölkerung durchgesetzt hatte. Sicherlich gab es sprachliche Hürden am Arbeitsplatz, die aber in den meisten Fällen durch ein kollegiales Miteinander ausgeglichen oder sogar überwunden werden konnten. Die Betriebsräte und Vertrauensleute und mit ihnen die Gewerkschaften haben also großen Anteil daran, dass zumindest in einem wesentlichen Teil dieser Gesellschaft, nämlich im Arbeitsleben, die Integration von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Migrationshintergrund weitgehend gelungen ist. Dazu beigetragen haben nicht zuletzt auch die vielfältigen Bildungsangebote der Gewerkschaften und, zumindest bis vor wenigen Jahren, auch die Abteilungen bei den Gewerkschaftsvorständen, die sich speziell mit Fragen der Migration, der Wahrung der kulturellen Identität, aber auch der sozialen und gesellschaftlichen Integration unserer vielen Kolleginnen und Kollegen mit ausländischem Pass beschäftigt haben.

Parallel dazu haben in vielen hessischen Städten und Kommunen Ausländerbeiräte ihre Arbeit aufgenommen. Auch sie haben wesentlichen Anteil daran, dass das Zusammenleben von Deutschen und Nichtdeutschen überwiegend konfliktfrei verläuft. Gerade Frankfurt mit einem Anteil von über 20% in der Bevölkerung, der keinen deutschen Pass besitzt, ist dafür ein gutes und positives Beispiel. Die Einführung eines kommunalen Wahlrechtes für Ausländer aus der Europäischen Union war ein wichtiger Meilenstein auf diesem Weg. Der DGB hat sich zwar anfangs mit der Unterstützung dieser Forderung sehr schwer getan, dann aber akzeptiert, dass sie der Integration auf beiden Seiten dient. Die Forderung der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen, dieses Kommunalwahlrecht auf alle hier lebenden Ausländer zu erweitern, findet deshalb ausdrücklich die Unterstützung des DGB Hessen. Würden sie aus unserer Sicht doch Mitwirkung und Mitbestimmungsrechte bei Migrationsfragen in den Kommunen erweitern und im Interesse aller Beteiligten zu guten und nachvollziehbaren Ergebnissen führen.

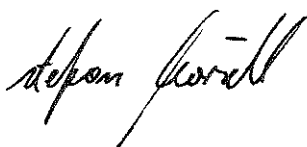
Der DGB setzt sich im Übrigen für ein Einbürgerungsrecht ein, das allen in Deutschland lebenden Staatsangehörigen ohne Verpflichtung zur vorherigen Aufgabe der bisherigen Nationalität die Möglichkeit zur Einbürgerung eröffnet. Aus unserer Sicht ist die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit nicht der Endpunkt einer erfolgreichen Integration. Migranten haben kulturelle, religiöse und sprachliche Wurzeln, egal, welcher Nationalität sie sind. Diese

Wurzeln bleiben und können das Zusammenleben mit hier geborenen Deutschen bereichern.

Der Arbeitsgemeinschaft Hessischer Ausländerbeiräte möchten wir ausdrücklich für ihre in den letzten 25 Jahren in diesem Sinne geleistete Arbeit danken. Der Ausländerbeirat Hessen hat viel zum Miteinander der Kulturen und Nationen beigetragen, obwohl seine engagierte Arbeit nicht immer von den politisch Verantwortlichen in den Kommunen oder auch der Landesregierung gestützt wurde. Aber vielleicht hat auch die geschäftsführende Landesregierung inzwischen erkannt, dass sich mit gegen die Integration gerichteten Wahlkämpfen nicht unbedingt in der hessischen Bevölkerung punkten lässt.

Der DGB Hessen und seine acht Mitgliedsgewerkschaften bedanken sich ausdrücklich für das konstruktive Miteinander in vielen, die Integration und Migration betreffenden Fragen und wünschen der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen für die nächsten 25 Jahre, dass sie ebenso dialogbereit wie in der Vergangenheit bleibt und weiterhin mit allen gesellschaftlich interessierten Kräften und Organisationen an einer gelungenen Integration ohne Aufgabe der kulturellen, religiösen und sprachlichen Wurzeln, gleich welcher Nationalität, arbeitet.

Mit kollegialen Grüßen



- stefan körzell –  
Bezirksvorsitzender



Hans Eichel

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Bundesminister a.D. - Ministerpräsident a.D.  
Oberbürgermeister a.D.

Hans Eichel, MdB · Humboldtstraße 8A · 34117 Kassel

agah  
Landesausländerbeirat  
Kaiser-Friedrich-Ring 31

65185 Wiesbaden

AGAH			
T.			z. d. A.
26. AUG. 2008			
V	AB	D	AG
Plenum	Copy	z. K.	WV

Kassel  
Hans Eichel, MdB  
Humboldtstraße 8A  
34117 Kassel  
Tel: (0561) 93 711 70  
Fax: (0561) 93 711 72  
hans.eichel@wk.bundestag.de

Berlin  
Hans Eichel, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: (030) 227 - 74 929  
Fax: (030) 227 - 76 915  
hans.eichel@bundestag.de

Kassel, 25. August 2008

## 25 Jahre Landesausländerbeirat

*Ich darf mich sehr herzlich für die netten Zeilen, verbunden mit der Einladung zum Empfang „25 Jahre agah“, bedanken.*

Ich darf mich sehr herzlich für die netten Zeilen, verbunden mit der Einladung zum Empfang „25 Jahre agah“, bedanken.

Sehr gerne wäre ich zum Geburtstagsempfang gekommen, um im Kreise der engagierten Mitstreiterinnen und Mitstreiter, insbesondere der Gründungsmitglieder, diesen festlichen Anlass zu begehen und Ihre Arbeit persönlich zu würdigen. Leider muss ich aber einer anderen, schon länger vereinbarten Terminverpflichtung nachkommen.

Ich bin mir sicher und dafür dankbar, dass die Ausländerbeiräte viel für das friedliche Zusammenleben in unseren Kommunen, in unserem Land, für die Integration der Zuwanderer, das Miteinander mit den Einheimischen getan haben.

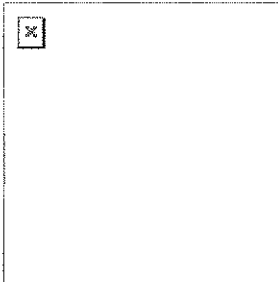
Kulturelle Vielfalt ist kultureller Reichtum. Integration bedeutet Eingliederung in den sozialen und demokratischen Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland, Annahme der Wertvorstellungen unserer auf Pluralismus angelegten Verfassung. Integration meint aber nicht Assimilation und Aufgabe der kulturellen Identität.

Auch wenn heute viele unserer zugewanderten Mitbürgerinnen und Mitbürger der großen Familie der Europäer angehören und damit direktes Wahlrecht bei den Kommunalwahlen und bei den Wahlen zum Europäischen Parlament besitzen, haben die Ausländerbeiräte doch noch ihre Berechtigung. Insbesondere bei ihrer Arbeit für die bessere sprachliche Bildung und die besseren Berufs- und Lebenschancen der hier geborenen Kinder der Zuwanderer. Hierbei unterstütze ich Sie und wünsche uns allen dabei viel Erfolg.

*Wolfgang Giese  
Austiller*

**Ulrike Foraci**

**Von:** F.Steibli@ltg.hessen.de im Auftrag von Presse-SPD@ltg.hessen.de  
**Gesendet:** Samstag, 30. August 2008 12:09  
**An:** undisclosed-recipients:  
**Betreff:** [SPD-Fraktion Hessen] Andrea Ypsilanti (SPD) gratuliert der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen (AGAH) zum 25-jährigen Bestehen



## **Pressemitteilung**

### **SPD-Fraktion im Hessischen Landtag**

Wiesbaden, 30. August 2008

### **Andrea Ypsilanti (SPD) gratuliert der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen (AGAH) zum 25-jährigen Bestehen**

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Andrea Ypsilanti, bezeichnete heute anlässlich der Feierstunde der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte (AGAH) diese als wichtige Instanz für die Anliegen von Migranten auf Landesebene und beglückwünschte die Arbeitsgemeinschaft zu ihrem 25-jährigen Bestehen.

„Die AGAH ist ein integrationspolitischer Akteur der ersten Stunde und war und ist ein Mitstreiter für ein weltoffenes und tolerantes Hessen. Die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen setzt sich seit ihrer Gründung für die Rechte und politischen Mitwirkungsmöglichkeiten der bei uns lebenden ausländischen Mitbürger ein“, betonte Ypsilanti.

Die SPD setze sich weiter für die Möglichkeit einer doppelten Staatsangehörigkeit ein. So sei es in Zeiten der Globalisierung eindimensional, wenn man der Ansicht sei, man dürfe sich nur einem Land verbunden fühlen. Außerdem werde sich die SPD auch in Zukunft für eine Stärkung der Rechte der Ausländerbeiräte einsetzen und ein kommunales Wahlrecht für alle länger in Hessen lebende Menschen mit ausländischem Pass anstreben.

Die Fraktionsvorsitzende hob hervor, dass man vor allem die Chancen, die durch die bei uns lebenden ausländischen Mitbürgern entstünden, erkennen müsse und betonte, dass sich die SPD für die Herstellung von Chancengleichheit einsetzen werde.

Ypsilanti bezeichnete die AGAH als innovativen und verlässlichen Partner und bedankte sich für die gute Zusammenarbeit und den offenen Dialog.

<http://www.andrea-ypsilanti.de>



Land Hessen

---

URL: <http://www.hessen.de>

Diesen Artikel finden Sie unter: Startseite

30.08.2008 - Pressemitteilung

#### 25 Jahre Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen

#### **Staatssekretär Krämer: „Interkultureller und interreligiöser Dialog ist für den inneren Zusammenhalt unserer Gesellschaft unerlässlich“**

Wiesbaden. „In den vergangenen 25 Jahren haben sich die Ausländerbeiräte in den Kommunen als wichtige Ideengeber etabliert“, betonte Gerd Krämer, Staatssekretär im Hessischen Sozialministerium heute anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der Dachorganisation Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen (AGAH). Er würdigte die AGAH als gefragte und kompetente Ansprechpartnerin und Begleiterin der Landesregierung. Krämer wies darauf hin, dass Hessen mit rund 100 kommunalen Ausländerbeiräten bundesweit an der Spitze liege.

Krämer hob die vielfältig vorhandenen innovativen Integrations-Projekte hervor. „Die Projekte zeigen, dass die Städte, Landkreise und Gemeinden eine ganz entscheidende Rolle spielen, wenn es um die erfolgreiche Umsetzung von Integrationspolitik geht. Die tägliche konkrete Integration findet vor Ort in den Städten, Gemeinden und Landkreisen statt - dort wo Menschen unterschiedlicher Herkunft ihr Zusammenleben gemeinsam gestalten.“ Integration muss als gemeinsame Aufgabe aller Beteiligten verstanden, angenommen und weiter entwickelt werden.

Die Hessische Landesregierung hat in Sachen Integration im Bund längst eine Vorreiterrolle übernommen. So hat Hessen als erstes Bundesland im Jahr 2000 einen Integrationsbeirat eingerichtet. Für die Sprachförderung von Kindern hat die Landesregierung allein im Jahr 2007 3,255 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, zwischen 2002 und 2007 wurden rund 15 Millionen Euro in die Sprachförderung investiert. Zudem unterstützt das Land seit Mitte 2006 ein Aufklärungsprojekt für Imame und weibliche Mitglieder der Moscheen. In einer modular aufgebauten Schulungsreihe wird den Teilnehmerinnen und Teilnehmern fundiertes Wissen in den Bereichen Gesundheit und Prävention, Erziehung, Sprache und Schulbildung vermittelt. Im vergangenen Jahr hat das Sozialministerium gemeinsam mit der Stiftung Lesen einen Ratgeber für Eltern mit Migrationshintergrund herausgegeben. Er enthält Tipps und Ratschläge, wie Eltern die Entwicklung ihres Kindes von Anfang an aktiv begleiten und seine Fähigkeiten fördern können. Er ist in türkischer, russischer, arabischer und englischer Sprache verfasst.

„Die Hessische Landesregierung hat in den vergangenen Jahren eine ganze Reihe von Instrumenten entwickelt, um die bessere Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund in die Gesellschaft zu unterstützen“, erklärte der Staatssekretär. Er erinnerte beispielhaft an die Deutschkurse für Zuwanderer-Kinder im Kindergartenalter und für deren Eltern und an den Integrationsbeirat zur Beratung der Landesregierung. Krämer: „Hessen hat sich damit einmal mehr als Vorreiter erwiesen und mittlerweile folgen uns andere Bundesländer, rufen Kurssysteme in ähnlicher Form ins Leben und gründen Beiräte.“

Er machte allerdings auch deutlich, dass die Migranten den Willen zur Integration mitbringen und Angebote wie Deutschkurse nutzen müssten. Darüber hinaus müssten sich Menschen aus anderen Kulturkreisen, die in Deutschland heimisch werden wollen, auch an die hier geltenden Gesetze halten. Die Bildung von Parallelgesellschaften, so der Staatssekretär, werde in keinem Fall toleriert.

\*\*\*\*\*

---

**Pressestelle:** Sozialministerium

**Pressesprecher:** Franz-Josef Gemein, Dostojewskistraße 4, D-65187 Wiesbaden

**Telefon:** (0611) 817 34 08, **Fax:** (0611) 89 0 84 - 666

**E-Mail:** [presse@hsm.hessen.de](mailto:presse@hsm.hessen.de)

© 2008 Land Hessen, Georg-August-Zinn-Straße 1, 65183 Wiesbaden



**MELDUNG:**

Wiesbaden, 30. August 2008

**Andrea Ypsilanti (SPD) gratuliert der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen (AGAH) zum 25-jährigen Bestehen**

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Andrea Ypsilanti, bezeichnete heute anlässlich der Feierstunde der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte (AGAH) diese als wichtige Instanz für die Anliegen von Migranten auf Landesebene und beglückwünschte die Arbeitsgemeinschaft zu ihrem 25-jährigen Bestehen.

„Die AGAH ist ein integrationspolitischer Akteur der ersten Stunde und war und ist ein Mitstreiter für ein weitoffenes und tolerantes Hessen. Die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen setzt sich seit ihrer Gründung für die Rechte und politischen Mitwirkungsmöglichkeiten der bei uns lebenden ausländischen Mitbürger ein“, betonte Ypsilanti.

Die SPD setze sich weiter für die Möglichkeit einer doppelten Staatsangehörigkeit ein. So sei es in Zeiten der Globalisierung eindimensional, wenn man der Ansicht sei, man dürfe sich nur einem Land verbunden fühlen. Außerdem werde sich die SPD auch in Zukunft für eine Stärkung der Rechte der Ausländerbeiräte einsetzen und ein kommunales Wahlrecht für alle länger in Hessen lebende Menschen mit ausländischem Pass anstreben.

Die Fraktionsvorsitzende hob hervor, dass man vor allem die Chancen, die durch die bei uns lebenden ausländischen Mitbürgern entstünden, erkennen müsse und betonte, dass sich die SPD für die Herstellung von Chancengleichheit einsetzen werde.

Ypsilanti bezeichnete die AGAH als innovativen und verlässlichen Partner und bedankte sich für die gute Zusammenarbeit und den offenen Dialog.

Copyright 2008 Andrea Ypsilanti. Realisiert von [barracuda digitale agentur GmbH, Köln](#). Alle Rechte vorbehalten. All rights reserved. [RSS-Feed](#). [Impressum](#)

## 29.08.2008:

### DGB Hessen fordert Ausweitung des Kommunalwahlrechts auf alle Ausländer

Für die Ausweitung des Kommunalrechtes auf alle hier lebenden Ausländer hat sich der Vorsitzende des DGB Hessen Stefan Körzell ausgesprochen. In einem Grußwort an die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah), die am Wochenende ihr 25jähriges Jubiläum feiert, begründete er seine Forderung damit, dass ein solches kommunales Wahlrecht der Akzeptanz und Integration auf beiden Seiten, sowohl den Deutschen als auch den Nichtdeutschen, diene. Bislang gibt es nur ein Kommunalwahlrecht für Ausländer aus der Europäischen Union. Dies sei zwar auch ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einem konfliktfreien Zusammenleben gewesen, aber, so Stefan Körzell: „Ein Kommunalwahlrecht für alle hier lebenden Ausländer würde mehr Mitwirkung und Mitbestimmungsrechte bei Migrationsfragen in den Kommunen bedeuten und im Interesse aller Beteiligten zu guten und nachvollziehbaren Ergebnissen führen.“

Der DGB Hessen, so Körzell, setzt sich im Übrigen auch für ein Einbürgerungsrecht ein, das allen in Deutschland lebenden Ausländern ohne Verpflichtung zur vorherigen Aufgabe der bisherigen Nationalität die Möglichkeit zur Einbürgerung eröffne. Aus Sicht des DGB sei die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit nicht der Endpunkt einer erfolgreichen Integration, Migranten hätten kulturelle, religiöse und sprachliche Wurzeln, gleich welcher Nationalität sie seien. Diese Wurzeln blieben und könnten das Zusammenleben mit den hier geborenen Deutschen bereichern.

Der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen dankte Körzell ausdrücklich für ihre in den letzten 25 Jahren geleistete Integrationsarbeit. Die agah habe viel zum Miteinander der Kulturen und Nationen beigetragen, obwohl seine engagierte Arbeit nicht immer von den politisch Verantwortlichen in den Kommunen oder auch der Landesregierung gestützt worden sei. Stefan Körzell: „Vielleicht hat die geschäftsführende Landesregierung inzwischen erkannt, dass sich mit gegen die Integration gerichteten Wahlkämpfen nicht unbedingt in der hessischen Bevölkerung punkten lässt.“ Er äußerte die Erwartung, dass sich die agah die nächsten 25 Jahre ebenso dialogbereit wie in der Vergangenheit zeige und weiterhin mit allen gesellschaftlich interessierten Kräften und Organisationen an einer gelungenen Integration ohne Aufgabe der kulturellen, religiösen und sprachlichen Wurzeln, gleich welcher Nationalität, arbeite.